



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 17. Februar 2014
(OR. en)**

**5848/1/14
REV 1**

**FIN 71
PE-L 6**

VERMERK

Absender: Haushaltsausschuss
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Entlastung der Kommission zur Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2012
- *Entwurf einer Empfehlung des Rates*

1. Der Haushaltsausschuss hat in mehreren Sitzungen im Januar und Februar 2014 in Anwesenheit von Vertretern der Kommission und des Europäischen Rechnungshofs den Jahresbericht des Rechnungshofs zum Haushaltsjahr 2012¹ geprüft.
2. Der Jahresbericht enthält Beurteilungen bezüglich der Zuverlässigkeit der Rechnungsführung der Kommission, der Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge, der Wirksamkeit der Überwachungs- und Kontrollsysteme und der Zuverlässigkeit der jährlichen Tätigkeitsberichte der Kommission zu den Einnahmen und Ausgaben des EU-Haushalts, die insgesamt die Grundlage für die Zuverlässigkeitserklärung (DAS)² des Rechnungshofs bilden.

¹ ABl. C 331 vom 14.11.2013, S. 1.

² "Déclaration d'assurance".

3. Für das Jahr 2012 hat der Rechnungshof eine positive Beurteilung bezüglich der EU-Jahresrechnung, der Einnahmen, der Mittelbindungen für alle Politikbereiche und der Zahlungen für "Verwaltungs- und sonstige Ausgaben" abgegeben; für alle anderen Bereiche hat der Rechnungshof seine Beurteilung mit Einschränkungen versehen.
4. Der Haushaltsausschuss hat Einvernehmen über den Entwurf einer Empfehlung des Rates zur Entlastung der Kommission zur Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2012 erzielt. Der Text ist in Addendum 1 zu diesem Vermerk wiedergegeben.
5. Entsprechend den Schlussfolgerungen des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 8. Mai 2000¹ haben die Vorbereitungsgremien des Rates, die für die in den Sonderberichten des Rechnungshofs behandelten Bereiche zuständig sind, bereits bestimmte in den Jahresberichten des Rechnungshofs angeführte Sonderberichte nach dem vom Ausschuss der Ständigen Vertreter festgelegten Verfahren prüfen können. Im Anschluss an diese Prüfungen hat der Rat Schlussfolgerungen zu diesen Sonderberichten² angenommen.
6. Gemäß der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates³, insbesondere gemäß deren Artikel 208 Absatz 2, und gemäß der Haushaltsordnung der einzelnen Einrichtungen obliegt es dem Rat, an das Europäische Parlament Empfehlungen bezüglich der Entlastung der Einrichtungen zu richten, die nach dem AEUV und dem Euratom-Vertrag geschaffen wurden, mit Rechtspersönlichkeit ausgestattet sind und Beiträge zulasten des Haushalts erhalten. Diese Empfehlungsentwürfe werden dem Rat als gesonderter A-Punkt zur Annahme vorgelegt⁴.

¹ Dok. 7515/00 FIN 127 + COR 1.

² Dok. 7040/13, 8591/13, 8857/13, 9106/13, 9238/13, 9245/13, 10095/13, 12744/13, 13886/13, 14987/13, 16383/13, 16734/13, 17151/2/13 REV 2, 17496/13, 17497/13 und 17691/13.

³ ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.

⁴ Dok. 5849/14 ADD 1 FIN 72 PE-L 7.

7. Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden¹, insbesondere gemäß deren Artikel 14 Absatz 3, und gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1653/2004 der Kommission vom 21. September 2004 betreffend die Standardhaushaltsordnung für Exekutivagenturen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 58/2003², insbesondere gemäß deren Artikel 66 Absatz 1, obliegt es dem Rat außerdem, Empfehlungen bezüglich der Entlastung, die den Exekutivagenturen zu erteilen ist, an das Europäische Parlament zu richten. Diese Empfehlungsentwürfe werden dem Rat ebenfalls als gesonderter A-Punkt zur Annahme vorgelegt³.
8. Nach der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates⁴, insbesondere nach deren Artikel 208 Absatz 2, und den Finanzbestimmungen für jedes gemeinsame Unternehmen obliegt es darüber hinaus dem Rat, Empfehlungen bezüglich der Entlastung, die den gemeinsamen Unternehmen zu erteilen ist, an das Europäische Parlament zu richten. Diese Empfehlungsentwürfe werden dem Rat ebenfalls als gesonderter A-Punkt zur Annahme vorgelegt⁵.

¹ ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1.

² ABl. L 297 vom 22.9.2004, S. 6, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 651/2008 der Kommission vom 9. Juli 2008 (ABl. L 181 vom 10.7.2008, S. 15).

³ Dok. 5850/14 ADD 1 FIN 73 PE-L 8.

⁴ ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.

⁵ Dok. 5851/14 ADD 1 FIN 74 PE-L 9.

9. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird ersucht, dem Rat vorzuschlagen, dass er
- die Empfehlung des Rates zur Entlastung der Kommission zur Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2012 in der in Addendum 1 wiedergegebenen Fassung annimmt;
 - die im ANHANG zu Addendum 1 enthaltenen allgemeinen Bemerkungen, die dieser Empfehlung beigefügt sind, billigt;
 - den Präsidenten des Rates beauftragt, dem Europäischen Parlament die obengenannte Empfehlung des Rates zu übermitteln, und den in der ANLAGE wiedergegebenen Entwurf eines entsprechenden Schreibens billigt.
 - die in ANLAGE 1 wiedergegebene einseitige Erklärung der Niederlande, Schwedens und des Vereinigten Königreichs in sein Tagungsprotokoll aufnimmt.
-

Einseitige Erklärung der Niederlande, Schwedens und des Vereinigten Königreichs zur
Entlastung zur Ausführung des EU-Haushaltsplans für 2012

"Bezugnehmend auf

- den Jahresbericht des Europäischen Rechnungshofs zur Ausführung des EU-Haushaltsplans für 2012,
- die Entlastung der Kommission zur Ausführung des EU-Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012 und
- den in Dokument 5848/14 FIN 71 PE-L 6 + ADD 1 enthaltenen Entwurf einer Empfehlung des Rates

erklären die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich Folgendes:

- Sie bedauern sehr, dass der Europäische Rechnungshof zum neunzehnten Mal in Folge keine uneingeschränkte Zuverlässigkeitserklärung bezüglich des EU-Haushalts als Ganzen abgeben konnte und dass die Gesamtfehlerquote in den letzten Jahren auf 4,8 % gestiegen ist und nach wie vor weit über dem akzeptablen Schwellenwert von 2 % liegt.
- Sie betonen, dass noch höhere Fehlerquoten vermieden werden müssen, und stimmen darin überein, dass die Glaubwürdigkeit der Ausgabenpolitik der EU in entscheidendem Maße von Verbesserungen der Haushaltsführung aller, die Finanzmittel der EU verwenden, abhängt.
- Sie betonen abermals, dass einer unabhängigen Prüfung der EU-Mittelverwendung auf EU-Ebene große Bedeutung zukommt und dass sie die Arbeit des Europäischen Rechnungshofs nachdrücklich unterstützen.
- Sie fordern die Kommission nachdrücklich auf, den neuen mehrjährigen Finanzrahmen und die überarbeitete Haushaltsordnung als Gelegenheit zu nutzen, Initiativen zur beträchtlichen Senkung der Fehlerquoten auf den Weg zu bringen, einschließlich durch weitere Schritte, mit denen der Rechtsrahmen vereinfacht und präzisiert werden soll, damit die Einhaltung des Rechtsrahmens verbessert wird, und durch Leitlinien, mit denen angesichts der Herausforderungen aufgrund der Komplexität der geltenden Vorschriften eine allgemeingültige Auslegung erleichtert werden soll.

- Sie weisen darauf hin, dass etwa 80 % der EU-Haushaltsmittel im Rahmen des Systems der "geteilten Mittelverwaltung" von den Mitgliedstaaten ausgegeben werden.
- Sie weisen erneut darauf hin, wie wichtig es ist, dass die Mitgliedstaaten uneingeschränkt dafür verantwortlich sind, dass die Verwaltung der EU-Mittel auf nationaler Ebene effektiven und effizienten Kontrollmechanismen unterzogen wird, und zwar speziell im Hinblick auf die überarbeitete Haushaltsordnung, die neue und zusätzliche Kontroll- und Berichtspflichten enthält.
- Sie rufen die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission auf, dafür zu sorgen, dass diese neuen Berichtspflichten unverzüglich zu den vorgegebenen Fristen erfüllt werden.
- Sie betonen, dass Transparenz ein wichtiger Faktor der Rechenschaftspflicht ist, und rufen daher die Mitgliedstaaten auf, die jährlichen Zusammenfassungen der Prüfungen und der Verwaltungserklärungen entsprechend der diesbezüglichen Aufforderung in der überarbeiteten Haushaltsordnung zu veröffentlichen.
- Sie fordern die Kommission nachdrücklich auf, weiter eine effiziente Haushaltsführung anzustreben, einschließlich einer strengen Anwendung von Finanzkorrekturen und von Wiedereinziehungen.
- Sie ersuchen die Kommission, die Verwendung standardisierter Kosteninstrumente zu erleichtern.
- Sie fordern die Kommission auf, ihre jährlichen Tätigkeitsberichte sowie andere umfassende Berichte auch künftig so zu veröffentlichen, dass den Unionsbürgern zugängliche und vergleichbare Daten über Wirkung, Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der in den Mitgliedstaaten getätigten Ausgaben der EU zur Verfügung gestellt werden.
- Sie bekräftigen wie der Rechnungshof die Bedeutung der Qualität der EU-Ausgaben und rufen die Kommission auf, weitere Schritte zu unternehmen, um den europäischen Mehrwert von Maßnahmen, die mit EU-Finanzmitteln finanziert werden, zu überwachen und zu verbessern."

ENTWURF EINES SCHREIBENS

des Präsidenten des Rates

an den Präsidenten des Europäischen Parlaments

Sehr geehrter Herr Präsident,

gemäß Artikel 319 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union darf ich Ihnen mit gesondertem Schreiben¹ die Empfehlung des Rates vom 18. Februar 2014 zur Entlastung der Kommission zur Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2012 übermitteln.

[Schlussformel]

¹ Dok. 5848/1/14 REV 1 FIN 71 PE-L 6 + 5848/14 ADD 1 FIN 71 PE-L 6.